

Vorlage Nr. III/15/2015
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 1

Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2014-2017; Ergebnisse des Plenums am 10. März 2015

A Problem

Die „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2014 bis 2017“ werden mittlerweile von 28 Partnern getragen und unterstützt. Von Seiten des Magistrats sind die Fachbereiche der Dezernate III und IV vertreten. Unter Berücksichtigung der kommunalen Unterschiede wurden als Schwerpunkte für die nächsten Jahre die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, Unterstützung der Ausbildungsbetriebe, Senkung der Vertragslösungsquoten, Verringerung der Anzahl der Jugendlichen, die die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss verlassen und Verbesserung der Berufsorientierung auch mit dem Ziel, einen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten, vereinbart.

B Lösung

Auf dem Plenum am 10. März 2015 wurden die Zwischenbilanz der Arbeit der Bündnispartner einschließlich des Fazits zum Ausbildungsmarkt und des Sachstands zur Ausbildungsgarantie für das Jahr 2014 vorgestellt und diskutiert.

Alle Beratungsunterlagen werden dem Magistrat als Anlage zur Kenntnis gegeben. Die Übersichten wurden vom regelmäßig stattfindenden Jour fixe der Bremer Vereinbarungen gemeinsam erstellt. Die Anlage „Zukunft Bremerhaven“ betrifft ausschließlich den Bereich der Stadt Bremerhaven und wurde einvernehmlich mit den hiesigen Akteuren erarbeitet.

C Alternativen

Keine.

D Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Keine unmittelbaren.

E Beteiligung/Abstimmung

Die Plenumsvorlagen sind mit allen 28 Bündnispartnern einvernehmlich abgestimmt.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Die Vorlage wird nach dem BremIFG veröffentlicht.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat nimmt die Bilanz und die Ergebnisse des Plenums vom 10. März 2015 der „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2014 – 2017“ zur Kenntnis.

Klaus Rosche
Dezernent

Michael Frost
Dezernent

Anlage: Vorlage für die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 29. April 2015